

Unzufriedenheit über Wohnungsfragen

9. November 1956

Information Nr. 325/56 – Betrifft: Unzufriedenheit über Wohnungsfragen

Quelle

BStU, MfS, AS 84/59, Bl. 322 (6. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Ulbricht, KGB Berlin-Karlshorst (»Freund«) – MfS: Wollweber (weiter an Mielke), Weikert, Beater.

In Grünau und Karlshorst herrscht unter dem Personenkreis, dessen Wohnungen bzw. Häuser durch sowjetische Dienststellen belegt waren, eine große Verärgerung, nachdem bekannt wurde, dass dort Bürger eingewiesen worden sind bzw. noch eingewiesen werden. Auch bei den nicht betroffenen Einwohnern wurde dadurch eine starke Missstimmung hervorgerufen. Die Tatsache, dass die Häuser schon vor längerer Zeit geräumt wurden und seitdem leer stehen, hat diese Verärgerung noch verstärkt. Der Vorsitzende des Wirkungsbereichs¹ der Nationalen Front² in Grünau bemüht sich, von den infrage kommenden Stellen die Anweisung zu erwirken, dass ein Teil der freigegebenen Häuser für die Bevölkerung von Grünau zur Verfügung gestellt wird.

Bei einer Unterhaltung, die vor einigen Tagen in einem Lebensmittelgeschäft in Grünau geführt wurde, brachten die anwesenden Käufer zum Ausdruck, dass man einen Protestmarsch zum Rathaus organisieren müsste, um somit die Verwaltungsstellen zu zwingen, den Interessen der Bevölkerung zu entsprechen.

In Karlshorst herrscht dazu folgende Meinung: Es sei zwar seinerzeit nicht schön gewesen, dass sie ihre Wohnungen aufgeben mussten, aber doch immerhin verständlich, da ja die sowjetische Besatzungsmacht irgendwo untergebracht werden musste. Was sich aber jetzt abspielt, sei eine tolle Sache. Sie hätten jahrelang darauf gewartet, wieder in ihre Wohnungen und Häuser einziehen zu können, müssen aber nun nach Freigabe durch die sowjetischen Dienststellen sich davon überzeugen, dass andere Personen und nicht sie dort eingewiesen werden.

1

Wirkungsbereiche waren Verwaltungseinheiten, in die die Stadtbezirke Berlins aufgeteilt wurden.

2

Die »Nationale Front der DDR«, gegründet 1949 als »Nationale Front des Demokratischen Deutschland«, war ein Zusammenschluss aller politischen Parteien und Massenorganisationen der DDR unter Führung der SED. Sie war insbesondere mit der Vorbereitung der Volkskammerwahlen befasst und stellte die Kandidatenlisten auf.